



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

13. Juli 1953

P/VIII/16c

Hinweise
auf den Inhalt:

Politische Lebensmittel	S. 1
Frankreich und Indochina	S. 3
Antwort an den "Rheinischen Merkur"	S. 5
Zum Treffen früherer Nationalsozialisten	S. 6

Lebensmittellieferungen in peinlicher Beleuchtung

(sp) Die Ablehnung amerikanischer Lebensmittelhilfe für die Sowjetzone ist eine sehr bedauerliche Tatsache - in mehrfacher Hinsicht. Sie ist es zunächst rein menschlich. Die Hinweise in der Antwort Molotows auf die Hilfe der Sowjetunion für die Sowjetzone in früheren Fällen und auf künftige Unterstützung, "wonn es erforderlich ist", gehen an den Tatsachen vorbei. Die Lage der Bevölkerung in der Zone war so katastrophal geworden, dass hierin ein Hauptgrund für den Aufstand des 17. Juni lag, daran kann es keinen Zweifel geben. Wenn jetzt eine schnellgreifbare Hilfe von anderer Seite, die möglich gewesen wäre, zurückgewiesen wurde, so ist das für die Betroffenen sehr bitter und, wie der Regierende Bürgermeister von Berlin sagte, gewiss nicht dazu angetan, die Sympathien der Bevölkerung in der Zone für die Pankower Regierung oder für Moskau zu steigern.

Aber die Sache hat auch eine andere Seite. Sie hängt mit dem Begriff der "psychologischen Kriegsführung" zusammen, dem neuesten amerikanischen Schlagwort. Das Angebot erfolgte, soweit wir wissen, ohne Einzelangaben über das Wie - offenbar war ein primäres Bedürfnis, ihm Wiederhall in der ganzen Welt zu schaffen. Man hätte aber, nach den schweren Einbußen an Ansehen, die die Regierung in Moskau und ihre Statthalter in Pankow durch die Ereignisse des 17. Juni und ihre internationalen Wirkungen erlitten haben, gerade vom Standpunkt einer "psychologischen Kriegsführung" aus wissen müssen,

dass es für die Sowjets äusserst schwierig sein musste, ihre Prestige dadurch weiter zu belasten, dass sie selbst in so massiver Form vor aller Welt noch einmal die ungeheure wirtschaftliche Notlage in der DDR und damit ihr Versagen zugaben. Hier hätte man sich die Mühe einiger Überlegungen darüber machen müssen, wie man dem Zweck tatsächlicher Hilfe auf einem Wege erreichen könnte, der für die Sowjets gangbar war. Man kann dabei an verschiedene Möglichkeiten denken (etwa den Weg über den Interzonenhandel oder eine diplomatische Fühlungnahme), die vermieden hätten, dass man die Sowjets geradezu in die Proteststellung des Beleidigten drängte.

Leider erhebt sich in diesem Zusammenhang ein Verdacht, dass es nicht ausschliesslich "reine Gefühle der Menschlichkeit und des Bedürfnisses, zu helfen" waren, die an der Wiege dieses Vorschlages standen. Schon am 4. Juli berichtete die "New York Times" aus Bonn, amerikanische Regierungsstellen in Washington und Bonn planten, grosse Mengen überschüssiger Lebensmittel nach Ostdeutschland zu verschiffen und dort durch religiöse Organisationen verteilen zu lassen. Hinzugefügt wurde, es sei unklar, ob diese religiösen Organisationen in Ostdeutschland von dem Plan etwas wüssten und ihm zugestimmt hätten und ob die Urheber des Planes wirklich glaubten, dass die russischen Behörden die Lebensmittel-sendungen nach Ostdeutschland "zum Zwecke der psychologischen Kriegsführung gegen die Sowjetkontrolle und Sowjetherrschaft der Zone" gestatten würden.

Der Bonner Berichterstatter der genannten Zeitung fügte von sich hinzu:

"Die Urheber des Planes scheinen hauptsächlich um den Ausgang der westdeutschen Wahlen besorgt zu sein. Der Aufstand in Ostberlin und Ostdeutschland hat das deutsche Nationalgefühl hochgetrieben und manche amerikanischen Beamten scheinen der Meinung zu sein, dass die Sozialdemokratische Partei, die gegen die Integrationspolitik des Bundeskanzlers opponiert, der Hauptnutznieser dieses Anstiegs nationalistischer Gefühle werden könnte. Die amerikanische Beamtenschaft will sich nicht offen für den Bundeskanzler in den Wahlkampf einmischen. Aber sie ist gleichzeitig der Ansicht, dass die ganze europäische Integrationspolitik bei den deutschen Wahlen auf dem Spiel stehen kann und dass das Gebäude der amerikanischen Aussenpolitik in Gefahr kommen würde, wenn Adenauer nur mit einer kleinen Mehrheit wie Dr. Alcide de Gasperi in Italien wieder an die Macht käme. Die Urheber des Planes nehmen vermutlich an, dass die Verschiffung von Lebensmitteln aus den Vereinigten Staaten nach Ostdeutschland Adenauers Stellung bei der westdeutschen Wählerschaft stärken und dem Bundeskanzler helfen könnte, eine beträchtliche Mehrheit zu gewinnen."

Das ist eine Erläuterung des in Bonn beglaubigten Vertreters der ersten amerikanischen Zeitung. Ein solcher Mann pflegt nicht schlecht unterrichtet zu sein. Die ganze Angelegenheit der Lebensmittellieferungen gerät dadurch in eine sehr peinliche Wahlbeleuchtung. Jeder kann sich dazu seine eigenen Gedanken machen.

Was tun in Indochina ?

G.S. Paris

Die Kabinettsitzung, der der Abreise des französischen Außenministers Bidault nach Washington vorausging, verlief stürmisch. Es handelte sich darum, die Haltung Frankreichs bei der Außenministerkonferenz der Westmächte zu einem für Paris entscheidenden Problem festzulegen: zu Indochina. Es erwies sich als unmöglich, die verschiedenen Auffassungen der Minister auf einen Nenner zu bringen. Bidault erhielt schliesslich den Auftrag, seinen westlichen Kollegen die "Unruhe" Frankreichs über die katastrophale Lage in Indochina zum Ausdruck zu bringen und nicht etwa zu erklären: "Frankreich wünscht, dass dies oder jenes geschieht", sondern seinen westlichen Kollegen etwa die Frage zu stellen: "Welches sind Ihre Absichten?"

Dem Ministerrat lag ein Bericht des französischen Oberbefehlshabers in Indochina, General Navarre vor, der ein Anhänger des "Krieges bis zum Endsieg" ist. General Navarre präsentierte zwei Forderungen: Erhöhung der Kredite für den Krieg in Indochina um 50 Milliarden Franken (fast 500 Milliarden jährlich werden bereits für diesen Zweck ausgegeben) und Entsendung von Rekruten nach Indochina, während bisher nur Berufssoldaten und Truppen aus Übersee eingesetzt wurden. Dieser extreme Standpunkt wurde von allen Ministern zum Teil aus prinzipiellen Gründen, zum Teil aus der Erkenntnis abgelehnt, dass für derartige Massnahmen im Parlament keine Mehrheit zu finden sein würde.

Der stellvertretende Ministerpräsident Paul Reynaud, der innerhalb der Regierung mit den indochinesischen Angelegenheiten beauftragt ist, sprach sich dafür aus, die französischen Truppen in Indochina nach und nach durch einheimische, indochinesische Soldaten zu ersetzen. Im gleichen Atemzuge musste er eingestehen, dass diese Lösung einige Jahre in Anspruch nehmen würde und zudem für den Augenblick utopisch ist, da beispielsweise in Kambodscha täglich indochinesische Soldaten zum Viet-Minh überlaufen. Andere Minister sprachen von der "Internationalisierung" des indochinesischen Konflikts. Auch hier handelt es sich um einen utopischen Gedanken. Niemand kann heute im Ernst daran glauben, dass die Vereinigten Staaten in einem

Augenblick, da sich Anzeichen der Entspannung in Korea bemerkbar machen, bereit wären, den Krieg nach Südostasien zu tragen und... die "boys" nach Indochina zu entsenden.

So meldeten sich die Anhänger einer dritten, viel realistischer klingenden Lösung zu Wort. Finanzminister Edgar Faure und Staatsminister Francois Mitterand erklärten klipp und klar, dass verhandelt werden müsste und zwar nicht mit den Satelliten Frankreichs in Indochina, die nicht als ernste Verhandlungspartner gelten können, sondern mit Ho Chi Minh und eventuell mit Mao Tse Tung, der bisher den Viet-Minh mit Waffen versorgt hat. Diese Auffassung fand innerhalb der französischen Regierung nur geringe Beachtung, obwohl die Anhänger dieser These mit einer gewissen Logik auf die sich anscheinend anbahnende internationale Entspannung und auf die Haltung der Chinesen in Pan Mun Jom hinweisen konnten, die offensichtlich von dem Wunsch nach Einstellung der Kampfhandlungen diktiert ist.

Eine Verhandlung mit dem Viet-Minh würde allerdings zumindest die gleichen Schwierigkeiten wie in Korea ergeben: Kaiser Bao Dai im Viet-Nam, König Norodom in Kambodscha und Ministerpräsident Sisavong in Laos wissen genau, dass eine Verhandlung mit dem Viet-Minh das Ende ihrer Laufbahn bedeuten würde. Sie wissen das so sehr, dass sie heute grössere Unabhängigkeitsforderungen stellen, als es der Viet-Minh im Jahre 1946 tat... und dass sie der französischen Regierung bei jeder Gelegenheit damit drohen, zum Viet-Minh überzulaufen - was ihre Truppen bereits in steigendem Masse tun.

Frankreich wartete also die Vorschläge und die Haltung der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens ab. Vorläufig muss die französische Regierung feststellen, dass ihr Angebot an ihre Satelliten in den "assoziierten Staaten" Indochinas, Verhandlungen über deren "Unabhängigkeit" einzuleiten, nicht mit grosser Begeisterung aufgenommen wurde. Man misstraut den französischen Absichten. So kann man verstehen, dass die französische Regierung hinsicht des Ausgangs der Washingtoner Konferenz nicht sehr optimistisch ist...

+ + +

Entmündigung der Jungwähler ?

Von Fritz Erlor, MdB.

Die Gesinnung der CDU gegenüber der jungen Generation offenbart sich mit erschreckender Deutlichkeit in einem Artikel des "Rheinischen Merkur" vom 19. Juni 1953. Er darf nicht in Vergessenheit geraten.

In einer Betrachtung zu den italienischen Wahlen werden die Wähler im Alter von 21 bis 25 Jahren in unglaublicher Weise geschmäht. Ob der "Rheinische Merkur" das auch werten dürfte, wenn die italienischen Wahlen einen grösseren Erfolg für seine christlich-demokratischen Gesinnungsfreunde gebracht hätten, sei dahingestellt. Immerhin sind Bekenntnisse wie die folgenden sehr aufschlussreich: ". . . Ausnützung der politischen Pubertät der Frühwähler . . . Prämie der Verantwortungslosigkeit im wahren Sinne des Wortes . . . Die vier jungen Jahrgänge entschieden die Kammerwahl gegen die Demokratie . . . Jene jungen Schreihälse, die das Votum ihrer Väter durchkreuzten. Adolf Hitler siegte mit denselben pubertären Sturmcharakteren über Deutschland . . . Doch wird jeder als schlechter Demokrat verschrien werden, der den Krebs beim Namen nennen und fordern sollte, dass das Wahlrecht, wie in der Antike, mit jenem Alter verliehen wird, wo die wirkliche Verantwortung in Familie, Beruf und Staat zu beginnen pflegt."

Das ist einigermaßen deutlich. Hoffentlich merkt sich die Jugend diese Gesinnung, welche ihr jede Verantwortung für das Staatsganze abspricht. Zwar sind die jungen Menschen mit 21 Jahren mündig genug, um ihre eigenen Angelegenheiten ordnen zu dürfen, um eine Ehe zu schließen und Kinder haben zu können und nach der Meinung des Artikelschreibers sicher auch gut genug dazu, im Krieg ihr Leben und ihre Gesundheit fürs Vaterland zu opfern, aber wenn es um die Gestaltung der Politik geht, die über ihr eigenes Leben mit entscheidet, dann soll die junge Generation nicht mitbestimmen dürfen.

Die demokratischen Parteien in Deutschland haben sich damit abgefunden, dass das Wahlalter mit der allgemeinen Mündigkeit zusammenfällt. In der Weimarer Republik war man schon mit zwanzig Jahren wahlberechtigt. Die indirekt ausgesprochene Forderung aber, das Wahlalter auf 25 Jahre heraufzusetzen, läßt auf eine Entmündigung eines sehr wesentlichen Teiles unseres Volkes hinaus. Denn das Votum der jungen Wähler nicht so ausfällt wie die Regierung - in Italien oder in

Deutschland - das wünscht, dann hat doch nicht die junge Generation daran schuld, sondern eine Regierung, die es nicht fertigbekommen hat, die junge Generation von den Segnungen ihrer Regierungsarbeit zu überzeugen.

Dem "Rheinischen Merkur" sei gesagt, dass die Sozialdemokratie konsequent für das Frauenstimmrecht eintritt, obwohl sie genau weiss, dass ein erheblicher Teil der Frauen mit der durch die Geistlichkeit beeinflussten Stimmabgabe das Votum des Familienoberhauptes durchkreuzt. Ich könnte mir vorstellen, dass der "Rheinische Merkur" nach dem Grundsatz "Die Frau schweige in der Kirche" eigentlich auch die Frauen zum Schweigen im Staat verurteilen müsste. Er tut es nur nicht, weil es ohne das Frauenwahlrecht keine klerikalen Parteien gäbe. Parteitaktische Erwägungen, wie sie der "Rheinische Merkur" anstellt, dürfen auf keinen Fall Veranlassung geben, denen das Wahlrecht zu beschneiden, deren Stimmabgabe einem nicht passt.

Wir sind dem "Rheinischen Merkur" aber dankbar dafür, dass er in seinem Artikel "Rabatt für Radikale" bewiesen hat, wie gross die Angst der CDU vor der Wahlentscheidung jener Jahrgänge ist, die 1949 noch nicht wahlberechtigt waren und der jetzigen Bundesregierung nicht mit in den Sattel helfen. Wir sind gewiss, dass der Wahltag diese Furcht der CDU voll bestätigen wird.

+ + +

Unangenehme Begleitmusik

(sp) Aus dem ganzen Bundesgebiet kamen am letzten Sonntag in Bonn etwa 1 500 ehemalige Nationalsozialisten zusammen, um u.a. ein "Bekennnis zur parlamentarischen Demokratie" abzulegen. Es war das zweite Treffen dieser Art innerhalb kurze Zeit und mehrere andere dürften ihm noch folgen. Soweit frühere Nationalsozialisten in den turbulenten Nachkriegsjahren interniert waren, haben sie sich zu einem "Sozialen Hilfswerk für Zivilinternierte" zusammengeschlossen, das als Veranstalter für beide Treffen zeichnete.

Es ist gut und für unsere junge Bundesrepublik sogar nützlich, wenn heute viele im tausendjährigen Reich Irreführte, ihren Irrtum erkennend, den Anschluss an eine der grossen demokratischen Parteien

suchten oder suchen und im neuen Staate mitarbeiten. Die Masse der früheren Nationalsozialisten ahnte ja nicht, als sie gläubig und vertrauensvoll den Anbruch des Dritten Reiches begrüßte, den verderblichen Weg, den es zwangsläufig nehmen musste. Praktisch ist die Frage, ob den vielen, die in irgendeiner Organisation der NSDAP, oft als kleine oder mittlere Funktionäre angehörten, die Mitwirkung im politischen Raum versagt bleiben soll, längst entschieden. Kurt Schumacher gehörte zu den ersten deutschen Politikern, dem die Wiedergewinnung dieser Schicht für den demokratischen Gedanken am Herzen lag. Die erzieherische Kraft der Demokratie wie auch die Erkenntnis, dass jede Art von Diktatur für das deutsche Volk von Übel sei, trugen Früchte; die Masse der früheren Nationalsozialisten hat endgültig mit der Vergangenheit gebrochen.

Es gibt allerdings auch noch genügend Unbelehrbare und bei diesen gilt es, auf die Dinger zu sehen. Der Fall Naumann spricht nicht für sich allein, die Unterwanderung mancher Parteien rechts von der Sozialdemokratie hat, wie die FDP zur Genüge weiss, schon bedenkliche Formen angenommen. Manche wittern wieder Morgenluft, sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. Forderungen wie die "nach Haftentschädigung aller Internierten in der Höhe der erprobten KZ-Haftentschädigung" und das immer wieder gehörte Wort, man habe nichts anderes als die Pflicht getan, oder "es sei das Schicksal aller derer, die bewusst deutsch sind, unter Verfolgung zu stehen" lassen eine Geisteshaltung erkennen, die schaudern lässt.

Diese Töne will das deutsche Volk auf keinen Fall mehr hören, dafür hat es zu viel bezahlen müssen. Gewinnen diese braunen Nachfahren Hitlers in solchen Vereinigungen die Oberhand, benutzen sie derartige Treffen, um unter getarnten demokratischen Mäntelchen ihr Wiederkommen ins öffentliche Leben vorzubereiten und werden sie dabei sogar umworben und ermuntert von Sprechern der Regierungskoalition, dann ist freilich die höchste Wachsamkeit aller um den Bestand der Demokratie besorgten Kräfte geboten. Auch schon um jener vielen ^{ehemaligen} Nationalsozialisten willen, die heute aus innerster Überzeugung jede Wiederkehr von Abenteuerpolitik bekämpfen und nicht noch einmal Opfer eines politischen Irrtums werden wollen.